



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

28. hét

2019.07.08.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Es besteht eine enorme Nachfrage nach den Elementen des Aktionsplans zum Schutz der Familien:*

Mit Wirkung vom 1. Juli traten fünf Elemente des aus insgesamt sieben Punkten bestehenden fachpolitischen Programms in Kraft, unter denen sich wie im Voraus erwartet sowohl das Babyboom-Darlehen als auch das Programmelement zur Förderung des Autokaufs durch Großfamilien großer Beliebtheit erfreuen. Derweil neigt sich die Tätigkeit des Parlaments vor der Sommerpause ihrem Ende zu.

Wirtschaftspolitik – *Christine Lagarde könnte die neue Präsidentin der Europäischen Zentralbank werden:*

Lagarde bekleidet seit 2011 den Posten als Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), welches Mandat nach Auslaufen der ersten fünf Jahre 2016 um ein weiteres halbes Jahrzehnt verlängert wurde. Die Wahrscheinlichkeit ihrer Nominierung wird dadurch untermauert, dass sie in der vergangenen Woche bereits provisorisch von ihrem Posten zurücktrat. Demnach dürfte Lagarde die aussichtsreichste Kandidatin für die Position als Präsidentin der EZB sein.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Ursula von der Leyen ist derzeit die aussichtsreichste Bewerberin:*

Im Ergebnis eines Sondergipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs von Marathonlänge, der letztlich zweieinhalb Tage dauerte, könnte als Kompromiss ein Paket an Personalvorschlägen verabschiedet werden, das in Hinsicht auf alle fünf relevanten Schlüsselpositionen in der EU Fortschritte bringen würde. Diese Personen werden durch das Europäische Parlament gewählt, doch auch die Entwicklungen in der bundesdeutschen Innenpolitik könnten im weiteren Verlauf noch eine Wende bringen.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die Vereinbarungen der Opposition sind instabil und widerrufbar:*

Abgesehen von den als gemeinsam betrachteten Kandidaten der Oppositionsparteien für die Kommunalwahlen in der Hauptstadt und ihren einzelnen Stadtbezirken gibt es in zahlreichen Städten und Wahlkreisen keine Übereinkunft, welche Parteien jeweils die gemeinsamen Kandidaten für die im Herbst anstehenden Wahlen benennen sollten. Das Ergebnis der Europawahl und das in die Irre führende Ergebnis bei der Vorwahl des linken Lagers in Budapest könnten die früher getroffenen Vereinbarungen an zahlreichen Orten überschreiben.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

ENORME NACHFRAGE NACH DEN ELEMENTEN DES FAMILIENAKTIONSPLANS

Mit Wirkung vom 1. Juli traten fünf Elemente des aus insgesamt sieben Punkten bestehenden fachpolitischen Programms in Kraft, unter denen sich wie im Voraus erwartet sowohl das Babyboom-Darlehen als auch das Programmelement zur Förderung des Autokaufs durch Großfamilien großer Beliebtheit erfreuen. Derweil neigt sich die Tätigkeit des Parlaments vor der Sommerpause ihrem Ende zu.

Mehr als zweitausend Familien reichten bereits in der vergangenen Woche Anträge in Verbindung mit der Förderung zum Autokauf für Großfamilien ein; mehr als sechstausend Anträge auf eine der verschiedenen Förderungen wurden in den Kundendienstbüros der Regierungsämter eingereicht. Die Sachbearbeitung geht zügig und kontinuierlich voran, nachdem die Handelsbanken seit Februar Zeit hatten, sich auf den Ansturm vorzubereiten. Am Montag traten vier Elemente des Aktionsplans zum Schutz der Familien – die Babyboom-Zuwendung, die Förderung des Autokaufs durch Großfamilien, zinsgestützte Darlehen in Verbindung mit dem Wohnungsbauförderprogramm (CSOK) für Altimmobilien und erweiterte Nachlässe bei früher aufgenommenen Hypothekendarlehen – in Kraft. Zusammen mit diesen Punkten ging auch das CSOK für den ländlichen Raum an den Start, mit dem der Kauf und die Modernisierung von Wohnraum in nahezu 2.500 Städten und Gemeinden gefördert wird. Die Zuwendung von bis zu 2,5 Millionen Forint für den Kauf von Vans kann beim Fiskus beantragt werden, wobei die Sachbearbeitung hierzu auch elektronisch erfolgen kann. Im diesjährigen Haushalt hat die Regierung für den Aktionsplan zum Schutz der Familien 50 Milliarden Forint vorgesehen, im Haushaltsplan des kommenden Jahres sind es bereits mehr als 160 Milliarden Forint. Letztere Summe könnte weiter zunehmen, denn die Verabschiedung des Haushaltsplans für 2020 geschieht erst am 12. Juli.

Das Parlament verabschiedete in der vergangenen Woche außerdem mit 153 Stimmen bei nur 26 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen den Gesetzentwurf „Lex Czeglédy“. Das neue Gesetz über die Immunität von Abgeordneten, bei dem es im Kern darum geht, dass sich diese Immunität nicht auf zur Wahl antretende Kandidaten erstreckt, sofern eine Klageerhebung noch vor ihrer Kandidatur eingetreten ist, wurde von den Fraktionen der DK, der MSZP und der LMP abgelehnt. Eine weitere Entscheidung traf das Parlament hinsichtlich der Gesetzesänderung mit dem Ziel, die

Wettbewerbsfähigkeit der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) zu erhöhen. Der schon bislang nicht übermäßige Widerstand gegen diese Modifizierung ging weiter zurück: Nur noch rund 200 Personen demonstrierten am vergangenen Dienstag vor dem Akademiegebäude.

Ebenfalls in der vergangenen Woche hielten die Parlamentsausschüsse für europäische Angelegenheiten und für Justizfragen eine gemeinsame Sitzung ab, auf der die Anhörung der designierten Justizministerin Judit Varga im Mittelpunkt stand. Am Ende der Sitzung unterstützten der Justizausschuss mit 8:2 Stimmen und der Europaausschuss mit 6:2 Stimmen die Berufung von Judit Varga zur Ministerin. Die Anhörung drehte sich in erster Linie um die Entwicklungen in der europäischen Politik; auch die Mitglieder der Oppositionsparteien in den Ausschüssen konzentrierten sich hauptsächlich auf diese Gebiete, wohingegen der Konflikt zwischen der Landesgerichtsbehörde (OBH) und dem Landesrichterrat (OIT) nicht zur Sprache kam.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

CHRISTINE LAGARDE KÖNNTE DIE NEUE PRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK WERDEN

Lagarde bekleidet seit 2011 den Posten als Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), welches Mandat nach Auslaufen der ersten fünf Jahre 2016 um ein weiteres halbes Jahrzehnt verlängert wurde. Die Wahrscheinlichkeit ihrer Nominierung wird dadurch untermauert, dass sie in der vergangenen Woche bereits provisorisch von ihrem Posten zurücktrat. Demnach dürfte Lagarde die aussichtsreichste Kandidatin für die Position als Präsidentin der EZB sein.

Das Mandat des Chefs der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, läuft am 31. Oktober aus. Sollte die französische Kandidatin gewählt werden, wäre sie die erste Frau als Präsident und in einer Führungsposition bei der EZB. Lagarde hat einen juristischen Abschluss und verfügt über politische Erfahrungen, nachdem sie zwischen 2007 und 2011 Finanzministerin in der Regierung Frankreichs war. Die Erwartungen von Seiten der Anleger und der Nationalstaaten waren im Zusammenhang mit ihrer Ankündigung eher positiv; nur wenige rechnen mit einem Bruch in dem durch Mario Draghi verfolgten Stil, der die mit seinem Amt als EZB-Chef einhergehenden Möglichkeiten weniger ausschöpfte. Vorzeichen dessen könnten sein, dass die Märkte eine vermutlich weiterhin lockere Geldpolitik einkalkulieren: der Euro gab gegenüber dem Dollar nach, aber ebenso gegenüber

Währungen aufstrebender Märkte, so auch gegen den Forint, während die Erträge auf Staatsanleihen fielen und beispielsweise die zehnjährige deutsche Bundesanleihe mit -40 Basispunkten einen neuen historischen Tiefpunkt markierte. Die Nominierung von Lagarde kam insofern überraschend, weil ihre Person in den jüngsten Wochen nicht im Vordergrund für die zu besetzende Position gehandelt wurde. Sie wäre die erste Präsidentin der seit 21 Jahren existierenden EZB sowie die erste Notenbankpräsidentin der Eurozone ohne Notenbankerfahrungen, ja nicht einmal mit einem ökonomischen Abschluss. Lagarde ist ähnlich wie Fed-Präsident Jerome Powell Juristin und begann ihre Karriere als Anwältin von Baker & McKenzie.

Später wurde sie Politikerin: zwischen 2005 und 2011 war sie Handels-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerin in französischen Regierungen. Genau das könnte auch der Grund für ihre Nominierung gewesen sein, denn die EU-Mitgliedstaaten wollten eher einen Politiker als einen Technokraten an der Spitze der Bank, um späteren Konflikten aus dem Weg zu gehen. Aus diesem Grunde könnte sie neben der Achse Frankreich-Deutschland auch für die Visegrád-Staaten (V4) eine gute Kandidatin sein.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

URSULA VON DER LEYEN IST DERZEIT DIE AUSSICHTSREICHSTE BEWERBERIN

Im Ergebnis eines Sondergipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs von Marathonlänge, der letztlich zweieinhalb Tage dauerte, könnte als Kompromiss ein Paket an Personalvorschlägen verabschiedet werden, das in Hinsicht auf alle fünf relevanten Schlüsselpositionen in der EU Fortschritte bringen würde. Diese Personen werden durch das Europäische Parlament gewählt, doch auch die Entwicklungen in der bundesdeutschen Innenpolitik könnten im weiteren Verlauf noch eine Wende bringen.

Die sich lang hinziehenden Verhandlungen auf dem Sondergipfel der EU vergangene Woche zeigten die fehlende Eignung des Systems der Spitzenkandidaten. Die gewünschte Mehrheit hatte keiner der Kandidaten, so dass weder Frans Timmermans noch der ursprünglich von der EVP unterstützte Manfred Weber das Amt als Präsident der Europäischen Kommission bekleiden wird. Die Zurückweisung des Kandidaten Timmermans darf als Erfolg Mitteleuropas und insbesondere der V4-Staaten angesehen werden – seine Präsidentschaft wäre für diese Länder unvorteilhaft gewesen.

Manfred Weber wiederum darf jetzt am eigenen Leibe erfahren, welchen strategischen Fehler er beging, als er meinte, er brauche die Stimmen des Fidesz nicht, um Kommissionspräsident zu werden. Möglicherweise wäre er heute die für diesen Posten nominierte Person, sofern er diese Worte nie ausgesprochen hätte. An seiner Stelle könnte aber nun die deutsche Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen das Rennen machen, nachdem sie von EU-Ratspräsident Donald Tusk vergangene Woche als Kandidatin benannt wurde. Ursula von der Leyen gehörte seit 2004 sämtlichen Regierungen unter Angela Merkel an, wobei sich Experten der deutschen Innenpolitik einig sind, dass ihre Leistung als Verteidigungsministerin weniger zufriedenstellend ist. Obendrein fand eine Untersuchung von 2015 Verdachtsmomente für ein Plagiat in ihrer Dissertation. Die Nominierung der Verteidigungsministerin spaltete die Große Koalition: Mehrere SPD-Politiker beanstandeten die Aufstellung der Ministerin für das EU-Amt unter Berufung auf den Koalitionsvertrag, während der CSU-Vorsitzende Markus Söder relativierte, in dieser Hinsicht hätte es keinen Koalitionszwang gegeben. Ursula von der Leyen könnte die erste Frau an der Spitze der Kommission sein; über ihre Person stimmt das Europäische Parlament am 15. Juli ab. Die ungarische Regierung unterstützt ihre Kandidatur ebenso wie die übrigen Visegrád-Staaten.

Bei den Konsultationen auf dem Sondergipfel wurde auch hinsichtlich der übrigen Spitzenämter eine Einigung gefunden. Nach der Zurückweisung des sogenannten „Osaka-Kompromisses“ erfolgten mehrere Personalrochaden, woraufhin die Europäische Kommission künftig durch eine deutsche Politikerin geführt wird, der Europäische Rat wiederum durch einen belgischen Politiker (Charles Michel), der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik der Spanier Josep Borell sein könnte, während die EZB eine französische Präsidentin in der Person von Christine Lagarde bekäme. Das Europäische Parlament wählte in der vergangenen Woche gemäß dem hier skizzierten Drehbuch jenen Kandidaten, den auch die Mitgliedstaaten befürworteten: Der italienische sozialdemokratische Politiker David-Maria Sassoli wurde durch 345 Abgeordnete getragen. Zwar verpasste Sassoli in der ersten Runde noch um 8 Stimmen die absolute Mehrheit, welche Hürde er jedoch im zweiten Wahlgang meistern konnte.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE VEREINBARUNGEN DER OPPOSITION SIND INSTABIL UND KÖNNEN LEICHT WIDERRUFEN WERDEN

Ungeachtet einer gemeinsamen Pressekonferenz vergangene Woche in Budapest ist klar zu sehen, dass es keine Übereinstimmung zwischen den Oppositionsparteien dahingehend gibt, ob bei den im Herbst anstehenden Kommunalwahlen wirklich in jedem Fall nur ein einziger Kandidat aufgestellt werden soll. Wenngleich sich in der Hauptstadt am vergangenen Freitag mit Blick auf die Kandidaten für die Bürgermeisterämter in den einzelnen Stadtbezirken scheinbar ein Konsens herausbildete, weisen die Interessen von MSZP, DK, Momentum, Jobbik und LMP gleich in mehreren Punkten Differenzen aus. Eine Offenbarung dieser Interessenunterschiede waren die Debatten der Oppositionskandidaten in Csepel und in Ferencváros, aber auch in Pécs und in Zugló befinden sich die sechs Oppositionsparteien auf keiner gemeinsamen Plattform. Dass die früher geschlossenen Übereinkünfte nachträglich korrigiert werden, ist deshalb gut möglich, weil unterschiedliche politische Kräfte bei den Wahlen zum Europaparlament besser abschnitten, als bei der virtuellen Wahl des OB-Kandidaten in der zweiten Runde der von der Opposition in Budapest ausgetragenen Vorwahl. Hatte bei der Europawahl noch die DK die Nase vorn, setzte sich bei der Vorwahl in der Hauptstadt das hinter Gergely Karácsony stehende Linksbündnis MSZP-P gegenüber den übrigen Oppositionskräften durch. Beide Parteien zogen aus diesen Ergebnissen die falsche Schlussfolgerung, der virtuell errungene Sieg prädestiniere sie dazu, die Koordination im Oppositionslager zu steuern. Statt die Sache der Opposition zu erleichtern, wird diese durch die Vorwahl nur noch erschwert, denn überall dort, wo man sich nicht einigen kann, könnte die Idee aufgeworfen werden, auf Stadtbezirksebene eine weitere Vorwahl durchzuführen.

DIE WARNANLAGEN DER VIKING SIGYN FUNKTIONIERTEN VOR DEM ZUSAMMENSTOSS MIT DER HABLEÁNY

Die Hilfsvorrichtungen des Hotelschiffs „Viking Sigyn“ waren im Augenblick des Unfalls einsatzbereit, obendrein gab der Radar des Schiffs anderthalb Minuten vor dem Zusammenstoß ein Warnsignal aus, das jedoch nicht zu hören war, weil die Funktion des Sirenenalarms deaktiviert wurde. Deshalb muss nicht überraschen, dass niemand auf diese eigentlich mit einem ohrenbetäubenden Lärm einhergehende Warnung reagierte – jemand hatte die Warnanlage ausgeschaltet, die von der Polizei

im deaktivierten Zustand vorgefunden wurde. Auf dem Ausflugsschiff „Hableány“ gab es keinen Radar – welcher für diese Schiffstypen auch gar nicht vorgesehen ist –, für den Radioempfang waren jedoch alle Möglichkeiten gegeben. Der Viking-Kapitän versäumte es jedoch nach aktuellem Erkenntnisstand, seine Absicht zum Überholen des anderen Schiffes anzuzeigen. Obendrein sind Überholmanöver an jenem Punkt, an dem sich der folgenschwere Unfall ereignete, grundsätzlich verboten, weil die Unterquerung einer Brücke als außerordentlich gefährlich gilt. Der ukrainische Kapitän des Hotelschiffs „Viking Sigyn“ wurde mit dem Verdacht der unachtsamen Herbeiführung eines schweren Massenunfalls mit tödlichem Ausgang verhört und verhaftet. Seitdem der Mann die verhängte Kautionszahlte, befindet er sich unter polizeilicher Aufsicht auf freiem Fuß.

PROGNOSE

- **Am 15. Juli dürfte sich herausstellen, ob tatsächlich Ursula von der Leyen die nächste Präsidentin der Europäischen Kommission wird, denn an jenem Tag stimmt das Europäische Parlament erstmals über ihre Kandidatur ab. Die deutsche Bundesverteidigungsministerin hat nun noch eine Woche Zeit, um ihre Eignung für die Position darzulegen.**

Für die Wahl zum nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission muss die Politikerin die Unterstützung einer absoluten Mehrheit der gültig abstimmenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments (50% + 1 Stimme) gewinnen. Die Kandidatin Ursula von der Leyen, die eine qualifizierte Mehrheit des Europäischen Rats hinter sich weiß, gehört seit 2004 verschiedenen Regierungen unter Angela Merkel an und ist als Spross einer seit mehreren Generationen über politische Traditionen verfügenden Familie seit 1990 in der CDU aktiv. Sie spricht fließend drei Sprachen, besitzt allerdings kaum politische Erfahrungen auf europäischer Ebene. Aus diesem Grund und wegen der Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion dürfte mit einem knappen Wahlausgang zu rechnen sein, ähnlich wie bei der Wahl des Parlamentspräsidenten David-Maria Sassoli. Von der Leyen dürfte Unterstützung von Seiten der EVP (182 Abgeordnete) ebenso wie von Seiten der von Macron geführten Liberalen (108 Abgeordnete) erhalten. Sollten jedoch sämtliche Abgeordnete in Straßburg gültige Stimmen abgeben, benötigt die Ministerin von Angela Merkel 378 Stimmen für ihre Wahl, also auch Unterstützung aus weiteren Fraktionen“.